

Präsidentenwort der Kulturpolitischen Gesellschaft zur Hildesheimer kulturellen Situation

Der Vorstand der Kulturpolitischen Gesellschaft nimmt mit Bestürzung den drohenden kulturellen Kahlschlag wahr, der sich in Hildesheim in Folge des sogenannten „Zukunftsvertrages“ abzeichnen könnte. Unter anderem könnte dabei die Musikschule in ihrer Existenz bedroht sein. Museen, die Volks-hochschule, weitere kulturelle Einrichtungen und Projekte der freien Szene sollen nachhaltig beeinträchtigt werden. Wenn diese Pläne realisiert werden, nimmt das Bürgerrecht auf Kultur schweren Schaden. Kulturelle Erfahrungen und Fertigkeiten befähigen zu bürgerschaftlicher Teilhabe. Kultur und Demokratie gehören untrennbar zusammen.

Finanzielle Nöte von Kommunen sind nicht nur hausgemacht. Sie sind zum überwiegenden Teil Ausdruck eines missglückten Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und den Gemeinden. Es kann nicht sein, dass kulturpolitische Einrichtungen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Kulturschaffende die Opfer einer solchen verfehlten Finanzverteilung sind. Rettungsschirme für Banken auf der einen Seite und Schließung oder Behinderung von kulturellen Einrichtungen und Projekten auf der anderen Seite passen nicht zusammen.

Der Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft Oliver Scheytt hält das in Hildesheim verfolgte Geheimverfahren für völlig verfehlt. Damit wird ein offener und mündiger Dialog verhindert. Es ist zu empfehlen, sich diesem Verfahren zu verweigern.

Die Kulturpolitische Gesellschaft fordert die Verantwortlichen auf, den Dialog neu zu eröffnen und alternative Wege der Haushaltskonsolidierung zu suchen.

Berlin, den 10. Juni 2011

Kulturpolitische Gesellschaft

Der Präsident

Prof. Dr. Oliver Scheytt